



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## KMU-Forum

Forum PME

Forum PMI

### ÜBERSETZUNG

CH-3003 Bern, KMU-Forum

#### **Per E-Mail**

[wp-sekretariat@seco.admin.ch](mailto:wp-sekretariat@seco.admin.ch)

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO  
Direktion für Wirtschaftspolitik  
Holzikofenweg 36  
3003 Bern

Sachbearbeiter/in: mup  
Bern, 22.11.2018

#### **Indirekter Gegenvorschlag zur «Fair-Preis-Initiative»**

Sehr geehrte Damen und Herren

Unsere ausserparlamentarische Kommission hat sich an ihrer Sitzung vom 5. September 2018 mit dem Entwurf zur Änderung des Kartellgesetzes als indirektem Gegenvorschlag zur eidgenössischen Volksinitiative «*Stop der Hochpreisinsel – für faire Preise (Fair-Preis-Initiative)*» befasst. Wir danken Herrn Andreas Maschemer von Ihrem Amt für die Teilnahme an dieser Sitzung und die Erläuterung der verschiedenen Aspekte der in die Vernehmlassung gegebenen Vorlage. Unsere Kommission hat den Entwurf entsprechend ihrem Auftrag aus der Sicht der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) geprüft.

Die Schweizer Unternehmen leiden seit mehreren Jahren darunter, dass sie bei der Beschaffung im Ausland manchmal diskriminiert werden. Diese Situation stellt die Schweizer KMU vor ernsthafte Probleme, da sie ihre Einkäufe zum Teil zu deutlich höheren Preisen tätigen müssen als ihre europäischen Konkurrenten. Unter diesen Bedingungen ist es ihnen in gewissen Fällen nicht mehr möglich, auf einem globalisierten Markt wettbewerbsfähig zu bleiben. Mehrere Mitglieder unserer Kommission waren in ihrem Unternehmen von diesen Problemen bereits selbst stark betroffen. Einige haben daher versucht, ihre Einkäufe über alternative Kanäle zu tätigen, indem sie beispielsweise im Ausland Gesellschaften gründeten. Diese Lösung ist jedoch in den meisten Fällen gescheitert, da die Lieferanten sich weigerten, diese Unternehmen ein zweites Mal zu beliefern.

Angesichts dieser unbefriedigenden Situation unterstützen die Mitglieder des KMU-Forums die Massnahmen im zur Vernehmlassung unterbreiteten Gegenvorschlag. Die Auswirkungen der neuen Bestimmungen werden jedoch, wie den Informationen im erläuternden Bericht zu entnehmen ist, relativ bescheiden sein. Mehrere unserer Mitglieder, insbesondere diejenigen, deren Berufsverbände die Initiative mitgetragen haben, bedauern deshalb, dass der Bundesrat nicht mehr Elemente aus der Initiative übernommen hat.

#### **KMU-Forum**

Holzikofenweg 36, 3003 Bern  
Tel. +41 58 464 72 32, Fax +41 58 463 12 11  
[kmu-forum-pme@seco.admin.ch](mailto:kmu-forum-pme@seco.admin.ch)  
[www.forum-kmu.ch](http://www.forum-kmu.ch)

Was den Begriff der relativen Marktmacht betrifft, ist die Mehrheit unserer Mitglieder der Ansicht, dass sein Anwendungsbereich, wie im zur Vernehmlassung unterbreiteten Gegenvorschlag vorgesehen, auf Abschottungen des Schweizer Markts begrenzt werden sollte. Damit liesse sich einerseits vermeiden, dass die Wettbewerbsbehörden (sowie die Gerichte) in den Preissetzungsmechanismus eingreifen, obwohl der Wettbewerb auf dem betreffenden Markt funktioniert. Andererseits könnte eine Erweiterung des Anwendungsbereichs für viele Schweizer Unternehmen zu Unsicherheiten führen sowie zu mehr Bürokratie und Zusatzkosten, denn das Risiko würde konstant bestehen, dass sie gegenüber einem oder mehreren anderen Unternehmen als relativ marktmächtig gelten.

Gemäss der Mehrheit unserer Kommissionsmitglieder sollte der Bundesrat konsequenter gegen das Geoblocking vorgehen, damit Unternehmen und Privatpersonen in der Schweiz ohne Benachteiligung online einkaufen können. Deshalb verlangen wir, dass im Rahmen der weiteren Arbeiten zusätzliche vertiefende Analysen durchgeführt werden.

Im Zusammenhang mit der Motion Bischof 16.3902 (*«Verbot von Knebelverträgen der Online-Buchungsplattformen gegen die Hotellerie»*) sind wir ferner der Ansicht, dass die in die Vernehmlassung gegebene Vorlage diese entgegen der Darstellung im erläuternden Bericht nicht vollständig umsetzt. Diese von beiden Räten angenommene Motion beauftragt den Bundesrat, die notwendigen Gesetzesänderungen vorzulegen, um sogenannte Preisparitätsklauseln im Vertragsverhältnis zwischen Online-Buchungsplattformen und Hotels zu verbieten. Auch hierzu fordern wir zusätzliche Analysen sowie die Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs (der den Auftrag der Motion vollständig umsetzt).

Wir hoffen sehr, dass unsere Empfehlungen berücksichtigt werden, und stehen Ihnen für Fragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen



Jean-François Rime  
Co-Präsident des KMU-Forums  
Nationalrat

Kopie an: Kommissionen für Wirtschaft und Abgaben des Parlaments